

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (rei Haus 2 RM, (halbjährlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Geschäftsleute: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schmiedung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Expeditionsstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuartige gebaltene Nonpareille oder deren Raum 0,55 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restansätze anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM
Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 7. März 1928

Nummer 57

Die Phoebus-Schiebung

Geheimbesprechung der Regierung mit den Bürgerblockparteien und SPD-Führern

Irrlichter im Reichswehrsumpf

Fälschung des Phoebus-Berichtes? / Die SPD-Führer mit von der Partie

Berlin, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach dem Reichstuh der Reichsregierung wird der Bürgerblockpartei heute mittig den Führern der Bürgerblockpartei und abends den Demokraten und Sozialdemokraten über das bisherige Ergebnis der Untersuchungen in der Phoebus-Angelegenheit vertraulich berichtet. Der Reichsanwalt wird den Parteien empfohlen, von der Veröffentlichung des Berichtes abzuziehen. Die Note habe erklärt dazu, daß, wenn eine Einigung wegen der Nichtveröffentlichung mit den Parteien nicht zu erzielen ist, Hindenburg veranlaßt werden soll, einzugreifen. Der Bürgerblock rechne damit, daß sich alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten dem Diktat Hindenburgs unterordnen werden, wie in der Frage des Notprogramms. Ist eine Veröffentlichung nicht zu umgehen, so wird nach einer Information des Berliner Tagesblattes auf den Sparkommissar Soemlich ein harter Druck ausgeübt werden, damit er seinen Bericht nachträglich ändere.

rechneten Form, geschieht. Daß diese Ansicht besteht, geht aus der oben erwähnten Mitteilung des Berliner Tagesblattes hervor, in der es heißt:

„In Kreisen, die sehr eingeweiht sind, wird behauptet, die Reichsregierung, die allmählich zu der Einsicht gelangte, daß die Veröffentlichung des Phoebus-Berichtes auf die Dauer nicht verhindert werden kann, wolle auf den Sparkommissar Soemlich einen harten Druck dahin ausüben, er möge eine nachträgliche Änderung des Berichtes veranlassen. Anschließend soll dann der so zurechtgestutzte Bericht zur Veröffentlichung freigegeben werden.“

Das Berliner Tagesblatt knüpft an diese Meldung die Hoffnung, daß sie es für selbstverständlich halte, daß Soemlich ein solches Ansuchen zurückweisen würde. (11)

Gewissermaßen eine Bestätigung dafür, daß die Bürgerblockregierung nicht davon zurückzureden wird, der Offenheit einen solchen gefälschten Bericht vorzulegen, um die Korruptionfälle im Reichswehrministerium ganz zu vertuschen oder zumindestens abgeschwächt darzustellen, beweist auch die Tatsache, daß die Staatsanwaltschaft nach dem Bekanntwerden des Phoebus-Standals und nach dem Zusammenbruch einer Reihe von anderen Unternehmungen, die durch die Seetransportabteilung der Marineleitung ins Leben gerufen worden waren, sofort ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat, das aber wahrheitsgemäß niemals zu Ende geführt wird, weil die Bürgerblockregierung der Staatsanwaltschaft das gesamte Material und vor allen Dingen auch den Bericht des Sparkommissars Soemlich vorenthält. Wenn wir auch nicht glauben, daß die deutsche Klassenjustiz, die im Geiste der Bürgerblockregierung steht, ernstlich gegen die Verschleierung von Millionen Mark von Steuergebern der Arbeiterklasse vorgegangen wäre, so zeigt doch diese Tatsache, daß die Bürgerblockregierung mit allen Mitteln verhindert, daß irgendwo Licht in diesen ungeheuren Korruptionsstandal hineinkommt.

Der Gachfenetat

Eine Fronde gegen die Arbeiter / Verhandlungen der Industriellen mit Gewerkschaftsführern

Gestern hielt im Landtag der Finanzminister Weber seine Rede zum jährlichen Etat. Besonders Neues brachte die Rede nicht. Sie war eine weitläufige, mit Zahlen gepickte Begründung der Politik des jährlichen Bürgerblocks. Kein Wunder, daß die Abgeordneten, einer nach dem anderen, während dieser Rede aus dem Saal verschwanden. Triumphierend verkündete der Minister, daß wenn die Erhöhung der Beamtenbesoldung der Minister, daß wenn die Erhöhung der Arbeiterlöhne abgelehnt eingetreten wäre, der Etat mit einem Ueberschuß abgeschlossen hätte. Jetzt bleibt ein Fehlbetrag von 2,4 Millionen Mark. Wir haben schon in unserem ersten Editorial darauf hingewiesen, wo die Regierung geparkt hat. Wieder bei den Sozialausgaben. Das begründete auch der Finanzminister gestern. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er die Bemerkung, daß die Erwerbslosigkeit zurückgegangen, daß die Lage der Wirtschaft sich gehoben. Diese Entwidlung der Wirtschaft dürfe nicht geistert werden. Wenn jetzt die Löhne für die Arbeiter abfallen und erneuert werden müßten, so dürfe es nicht zu großen Lohnkämpfen kommen. Arbeitskampf der jährlichen Wirtschaft erparat bleiben, damit sie im In- und Auslande konkurrenzfähig sei. Der jährliche Finanzminister Weber hat sich die Argumente des Vorwärts zu eigen gemacht. Die Wirtschaft darf nicht geistert werden. Hier tritt schon das ein, was wir vor einigen Tagen geschrieben. Die Reformisten greifen über die Bildung der Wirtschaft durch die Aussperrungen der Industriellen, Weber dreht das Blatt um und erklärt, Lohnkämpfe der Arbeiter sind eine Störung der Wirtschaft, die Konkurrenzfähigkeit darf nicht leiden. Das war eine Rechnung und ein Erlachen an die Gewerkschaftsführer, mit denen Weber denn auch schon am Montag eine Sitzung über den Etat gehabt hat.

Die jährliche Bürgerblockregierung stellt über die Gewerkschaftsführer die große Volksgemeinschaft her. Eben in Verbindung mit der Sitzung zwischen Finanzminister, Industriellen und Gewerkschaftsführern erhalten gerade diese Ausführungen in der Gachfenede eine besondere Bedeutung. Der Bürgerblock bemüht sich die Lohnkämpfe von Anfang an einzudämmen. Er holt sich dazu die Gewerkschaftsführer heran.

Sehr interessant ist dabei, daß die Volkszeitung, die von dieser Sitzung überhört unterrichtet ist, kein Wort darüber berichtet. Auch unterschlägt sie in der Ministerrede gerade diese Ausführungen und fängt mit dem Abdruck bei der Frage der Ruhestandslöhne an. Diese Taktik der Volkszeitung ist kein Zufall. Sie war überhört schon einen Tag länger im Reich der Rede, die gestern gegen Mittag in Köpfigen der Staatszeitung verteilt wurde. Das Verschweigen der Sitzung, die Unterdrückung des in Anbetracht der bevorstehenden Lohnkämpfe wesentlichen Eingangsteiles der Rede in der Volkszeitung muß die Arbeiterklasse darauf aufmerksam machen, daß hier ein neuer, schamloser Versuch vorbereitet wird. Sicherlich hat der Minister die Zulage der Gewerkschaftsführer dahingehend erhalten, daß diese alles tun werden, um eine Erschütterung der Wirtschaft zu vermeiden. Das bedeutet, daß die Gewerkschaftsführer sich abmühen werden, die Arbeiter von jedem ersten Kampf abzuhalten. Auf diese Gefahr die Arbeiter aufmerksam zu machen, ist schon jetzt die dringende Pflicht unserer Genossen. Die Unternehmer haben sich schon die Unterstützung der Gewerkschaftsbureaufüraten gegen Lohnkämpfe gesichert. Sie erhalten dabei, wie das Verhalten der Volkszeitung zeigt, auch die volle Unterstützung der SPD-Führer. Wenn die Arbeiter das nicht erkennen, wenn sie nicht diesen neuen Betrugs- und Verrätsabköpfen der SPD- und Gewerkschaftsführer sofort entschließen entgegenzutreten, werden sie jetzt schon die Geschlagenen der nächsten Lohnkämpfe sein.

Der Minister sprach dann über die Beteiligung Sachlens an den Lieferungen nach Ausland. Der 10-Millionen-Kredit ist noch nicht erschöpft worden. Es sind bisher 8 400 000 Reichsmark ausgenutzt. Jedoch soll, falls das Reich, dessen 300-Millionen-Kredit erschöpft ist, noch mitmacht, der Restbetrag noch für Aufträge nach Ausland verwendet werden. Der Minister erklärte, daß durch die Aufträge nach Ausland die Zahl der Erwerbslosen beträchtlich zurückgegangen sei. Der Minister findet dann einige tröstliche Worte für die Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden. Er muß zugeben, daß diese nicht an der Besserung der Wirtschaft teilgenommen haben. Die Konzentration und Monopolisierung schadet die Gewinne den Großunternehmern zu. Der Minister spricht von neuen Krediten für die Landwirtschaft, nach allen Erfahrungen wissen die Kleinbauern aber, daß sie von diesen Krediten nichts erhalten werden.

Bei Aufzählung der Sparmaßnahmen erzählt der Minister, daß die Hauptparnisse bei der produktiven Erwerbslosenfürsorge gemacht worden sind. Die Rechtsbelastungen seien durch die Besoldungserhöhungen, die Steigerung der Mietzinslasten, erhöhten Zinsendienst entstanden.

Die Regierung habe aber alle Ausgaben stark gedrosselt. Dann erklärt der Minister gegen den Landtag, von ihm erwarte die Regierung, daß er Erhöhungen im Etat unter allen Umständen vermeide. Weber verlangt, das Parlament solle sich das ungehörigste Recht des englischen Parlaments zu eigen machen, nur dann Zustimmung zu erwägen, wenn die Regierung diese Höherstellungen verlange. Des

Rückzug der Reformisten

heute Schiedsspruch im Werkzeugmacherkampf

Der Reichsarbeitsminister hat in den Berliner Metallarbeiterkampf eingegriffen und für heute neue Schlichtungsverhandlungen angeleitet. Der Zweck dieses Eingreifens ist natürlich, den streikenden Werkzeugmachern einen Schiedsspruch anzuzwingen, der höchstens einige Pfennige Lohnsprung bringt, jedoch die Akkordarbeit bestehen läßt und vor allem die geforderten Mindestlöhne verweigert.

Die Ortsverwaltung des DMB hat sofort nach dem Eingreifen des Reichsarbeitsministers einen verhängnisvollen Rückzug angetreten. Anstatt nun erst recht alle Macht in die Wagchale zu werfen, mindestens alle Werkzeuher in den Streik zu ziehen, um die Position der Arbeiter möglichst zu stärken, hat die Leitung des DMB bekanntgemacht, daß sie aus Rücksicht auf die angeleiteten Schlichtungsverhandlungen vorgezogene höhere Arbeitsschlichtungsverhandlungen verschoben habe. Diese Niederlegungen der Werkzeugmacher verschoben habe. Diese Taktik ist um so unsinniger, als die Unternehmer auch am Montag und Dienstag weitere Tausende von Metallarbeitern anderer Kategorien auf die Straße gesetzt haben.

Die Berliner Metallarbeiter erheben denn auch in Massen Protest gegen die Niederlagenstrategie der Reformisten. Wie die Arbeiter zahlreicher anderer Betriebe nahm auch die Belegschaft der Firma Lorenz eine demütigende

Resolution an, in der klar und deutlich verlangt wurde, daß der Kampf auf „möglichst breite Basis“ gestellt werde. Große Empörung ruft es unter den Metallarbeitern hervor, daß die Ortsverwaltung, wie der Vorwärts ausplaudert, die Forderung auf Beseitigung der Akkordarbeit schon jetzt fallen gelassen hat. Die Opposition leht zurzeit alle Kräfte ein, um trotz der reformistischen Sabotage die Verschärfung des Kampfes, die allein den Erfolg bringen kann, zu erzwingen.

Neue Aussperrungen

Berlin, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Siemens-Konzern hat gestern die letzten 15 000 Mann ausgesperrt. Sämtliche Siemens-Betriebe mit 60 000 Mann Belegschaft liegen nunmehr still. Ebenso haben gestern Bergmann von der Seestraße und Rosenthal mit 5000 Arbeitern, und die Deutschen Telephonwerke, sowie C. Lorenz nunmehr die Gesamtbelegschaft ausgesperrt.

Die Unternehmer sehen also die heute zusammengetretene Schlichtungskammer gehözig unter Druck, während der Vorwärts noch gestern abend von der Einsicht der Unternehmer zu berichten wußte und versicherte, weitere Einstufungen sollten vermieden werden.